



Aufruf zur



Umbenennung der Hindenburgstraße in Mainz

Warum gibt es in unserer Stadt noch immer eine Hindenburgstraße? Warum verneigt sich Mainz bis heute vor einem Demokratieverächter und Feind des Parlamentarismus, der Hitler ermöglicht hat?

Während in den letzten Jahren und Jahrzehnten in ganz Deutschland viele Hindenburgstraßen und -plätze umbenannt wurden, ist man in Mainz untätig geblieben. Wir wollen das ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass der Name Hindenburg aus dem Mainzer Stadtbild verschwindet.

Wir fragen: Wie kann es sein, dass wir als Mainzerinnen und Mainzer in einer Zeit, in der die Demokratie so sehr bedroht ist wie noch nie, einen Mann ehren, der das Ermächtigungsgesetz unterzeichnet hat? Wie kann es sein, dass überall heute vor den Gefahren autoritärer Regimes gewarnt wird, aber ausgerechnet Hindenburg verschont bleibt? Tatsache ist, diese Straßen- und Platzbenennung löst seit Jahren in der Mainzer Bürgerschaft Unbehagen aus. Wir finden, eine Umbenennung ist längst überfällig.

Wir bitten Sie durch Ihre Unterschrift mitzuhelfen, dass dieser Schandfleck endlich getilgt wird. Zeigen Sie, dass Sie nicht damit einverstanden sind, dass sich eine stolze Stadt wie Mainz in politisch turbulenten Zeiten weiterhin vor einem Kriegshelden und Hitlerunterstützer verneigt. Es geht hier nicht um „Kulturkampf“ oder „Symbolpolitik“, sondern um die DNA unserer Stadt und unseres Gemeinwesens. Es geht darum, Verantwortung für das freiheitliche und demokratische Mainz zu zeigen. In einer solchen Stadt hat Hindenburg keinen Platz. Es ist höchste Zeit das Thema anzupacken.

Der Fall Hindenburg

Der ehemalige Generalfeldmarschall und spätere Reichspräsident Paul von Hindenburg (1847-1934) ist als ein Feind der freiheitlichen Demokratie und des Parlamentarismus in die Geschichte eingegangen. Er war an vorderster Stelle daran beteiligt, die freiheitlichen Fundamente der ersten deutschen Demokratie auszuhöhlen und sie zum Einsturz zu bringen. Er lieferte die Weimarer Republik an die Nazis aus. Er war der Steigbügelhalter Hitlers und der wichtigste Wegbereiter der Machtübernahme der Nationalsozialisten. In der Geschichtswissenschaft ist das längst unbestritten.

In über dreißig deutschen Städten wurden deswegen in den letzten Jahren bereits Hindenburgstraßen und -plätze aus dem öffentlichen Raum entfernt. Auch in Mainz ist es für viele Bürgerinnen und Bürger unerträglich, wenn in ihrer Stadt noch immer eine Straße und ein Platz diesen Namen tragen. Um dagegen vorzugehen, hat der Ortsbeirat der Mainzer Neustadt schon 2020 die Verwaltung aufgefordert, für Hindenburgstraße und -platz ein Umbenennungsverfahren einzuleiten. Daran fühlt sich auch die regierende Koalition gebunden. Auch die Forderung, Täterinnen und Tätern im öffentlichen Raum nicht länger zu gedenken, ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Die Umsetzung ist daher möglich geworden. Aber man zögert, das Thema wirklich anzugehen.

Einen Demokratiefeind ehren?

Straßenbenennungen nach Personen sind Ehrbezeugungen, die eine Gemeinde Menschen erweist, die sich um Stadt und Land verdient gemacht haben. Mit der Hindenburgstraße verneigt sich die Stadt Mainz bis heute vor einem zum „Kriegshelden“ stilisierten Militaristen und gleichzeitig vor einem autoritären Machtstaatspolitiker, der im Grunde gegen alles eintrat, was sich die Weimarer Republik auf die Fahnen geschrieben hatte: Freiheit, Gleichheit, Pluralismus, Parlamentarismus.

Dabei trug die große Mainzer Prachtstraße keineswegs immer schon den Namen des „Helden von Tannenberg“. Die „Hindenburgstraße“ ist selbst das Ergebnis einer Umbenennung. Sie wurde 1916 vorgenommen. Mitten im ersten Weltkrieg, in nationalem Überschwang und ungestüme Kriegsbegeisterung

wurden für die neugeschaffene „Hindenburgstraße“ und den „Hindenburgplatz“ die alte Mainzer „Bonifaziusstraße“ und der „Bonifaziusplatz“ geopfert. Die Initiative kam aus der Stadtverordnetenversammlung – auf Antrag des damaligen Oberbürgermeisters Emil Jakob Göttelmann. Er wollte damit, wie er schrieb, dem „Retter Ostpreußens, dem bewunderten Feldherrn, dem geliebten deutschen Manne“ den Beweis der „vom ganzen deutschen Volke geteilten Verehrung“ darbringen – wie er es in einem Brief an den „hochgebietenden Herrn Generalfeldmarschall“ vom 27. Juni 1916 ausdrückte. Hindenburg bedankte sich prompt für die erwiesene Ehre in einem Schreiben am 1. Juli. Er erklärte sich mit der Umbenennung einverstanden, zumal er früher wiederholt in Mainz gewesen sei „und jetzt manch braver Sohn der herrlichen Stadt“ unter seinem Befehl stünde.

Hindenburg – ein gesamtdeutsches Thema

Dass man in ganz Deutschland in alter Zeit Straßen und Plätze nach großen Schlachtenlenkern benannte, ist nichts Außergewöhnliches. Auch Paul von Hindenburg ist so einer. Er stellt jedoch eine entscheidende Ausnahme dar. Als Reichspräsident der Weimarer Republik seit 1925 war er das entscheidende Bindeglied zwischen autoritärem Militarismus und Nationalsozialismus: Er war es, der Hitler zum Reichskanzler ernannte, er war es, der das Ermächtigungsgesetz unterschrieb, die Gründungsurkunde des Dritten Reichs, er war es, der die erste deutsche Demokratie den Nationalsozialisten auslieferte und auch bis zu seinem Tod im August 1934 nichts tat, um deren demokratie- und menschenverachtender Politik Einhalt zu gebieten. Hindenburg ist also nicht nur irgendein fanatischer Militarist. Nein, er ist die Portalfigur des Dritten Reichs.

In vielen Städten sorgten daher schon die Alliierten unmittelbar nach Kriegsende für die Umbenennung von Hindenburgstraßen. Die unkritische Wahrnehmung Hindenburgs in der Öffentlichkeit ist aber bis heute ein Problem, denn viele blieben bestehen. Vor etwa zehn Jahren jedoch flammten überall in deutschen Städten erneut Diskussionen auf, wie mit einer solch belasteten Figur der Vergangenheit umzugehen sei. Auch in Mainz.

In zahlreichen deutschen Städten, in denen es eine „Hindenburgstraße“ oder einen „Hindenburgplatz“ gab, haben engagierte Bürgerinnen und Bürger dafür gesorgt, dass sie aus dem öffentlichen Raum verschwunden sind. In Münster,

Hannover oder Trier etwa wurden die Schilder entfernt und durch neue ersetzt. Zuletzt auch in Darmstadt, mit dem Mainz vielfältig historisch verbunden ist. Dort heißt die ehemalige Hindenburgstraße seit dem letzten Jahr nun „Fritz-Bauer-Straße“, benannt nach dem hessischen Generalstaatsanwalt, der in den 1960er Jahren die Auschwitzprozesse in Gang brachte und dessen lebenslanges Ziel es war, alte NS-Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen. In Hannover gibt es nun eine „Loebensteinstraße“, benannt nach dem jüdischen Mädchen Lotte-Lore Loebenstein, das in dieser Straße wohnte und 1943 im Vernichtungslager Sobibor ermordet wurde. In Hannover oder Darmstadt ist die Hindenburgstraße Geschichte, Mainz hat nun die Chance, endlich diesen Beispielen zu folgen.

Die Hindenburgstraße als öffentliches Problem in Mainz

In Mainz wurde das Thema „Hindenburgstraße“ auch immer wieder diskutiert. Belastete Straßennamen wurden auch hier gelöscht, an der Hindenburgstraße schieden sich jedoch die Geister. Immerhin, auch bei uns kam schon anfangs der 1980er Jahre eine Anwohner-Bürgerinitiative zu dem Schluss, es sei dringend angezeigt, auch hier die Hindenburgstraße zu streichen. Man favorisierte damals eine Neubenennung in „Anna-Seghers-Allee“. Die Bürgerinitiative scheiterte jedoch, nicht zuletzt an einer zaudernden Stadtregierung.

Wie unheimlich es ist, in Mainz in einer „Hindenburgstraße“ zu leben, wurde 2010 ganz deutlich. Fast hundert Jahre nach ihrer Einweihung und 70 Jahre nach der Zerstörung durch die Nationalsozialisten in der Reichspogromnacht wurde beschlossen, in der Hindenburgstraße an der Stelle der alten Mainzer Synagoge eine neue zu errichten. Aber wollte man der Mainzer jüdischen Gemeinde einen solchen Straßennamen als Standort und Adresse zumuten? Darin sah man im Stadtrat dann doch ein größeres Problem. Deswegen stimmte man am Ende dem Vorschlag des damaligen Kulturdezernenten zu, dort einen eigenen „Synagogenplatz“ zu schaffen. So schien das Problem gelöst. Manche fanden das elegant, für viele war es aber nur eine halbherzige Lösung. Sie löste das Problem nicht, sondern umging es nur, indem man es vermied, wirklich Stellung zu der enormen Belastung zu beziehen, die mit dem Namen Hindenburg für die jüdische Gemeinde und für alle Mainzer verbunden ist.

Und heute? Wollen wir in einer Stadt leben, in der die Synagoge direkt an eine Straße grenzt, die den Namen eines autoritären Staatsmanns trägt, der ein Regime ermöglicht hat, das Juden Hass und -verfolgung zum Programm erhob und vielen Jüdinnen und Juden Leib und Leben nahm? Wollen wir im Jahr 2026 als Mainzer noch eine Straße haben, die an finstere Zeiten erinnert, anstatt die Chance zu nutzen, ein Zeichen für Freiheit und Toleranz, Demokratie und Mitgefühl zu setzen?

„Dass der Reichspräsident Hitler am 30. Januar 1933 als Kanzler einer ‚Regierung der nationalen Konzentration‘ berief, war die verhängnisvollste Fehlentscheidung der deutschen Geschichte. Hindenburg als Namenspatron einer Straße beizubehalten, ist ein politisch instinktloser Anachronismus, der sich für Demokraten von selbst verbieten sollte. Das gilt für die Landeshauptstadt Mainz genauso wie für die Bundeshauptstadt Berlin und für jede andere Stadt der Bundesrepublik Deutschland.“ Dies schreibt der Historiker Heinrich August Winkler, der zu den Erstunterzeichnern dieses Aufrufs zählt.

Jetzt geht es darum, die Umbenennung umzusetzen. Die Zeit drängt: Gerade in Zeiten des Erstarkens des Rechtsextremismus ist es wichtig, zu Hindenburg und seiner Straße endlich eine klare Haltung zu zeigen. Die Umbenennung ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass es in unseren öffentlichen Räumen keinen Ort mehr geben darf, wo Demokratieverächtern gehuldigt wird.

Jetzt gilt es, die Mainzerinnen und Mainzer für diese Idee zu gewinnen. Bitte kontaktieren Sie uns unter hindenburgstrasse_umbenennen@posteo.de. Wir freuen uns über Ihre Unterschrift!

V.i.S.d.P.: Dr. Martin Hecht, Politikwissenschaftler und Publizist und Dr. Tillmann Krach, Rechtsanwalt

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner:

Dr. Hedwig Brüchert, Historikerin, ehemalige Ortsvorsteherin Neustadt

Bernhard Kukatzki, Historiker und Politikwissenschaftler

Julia Wagner, Politikwissenschaftlerin, Vorsitzende SPD Mainz-Neustadt

Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Historiker